



DL21

#leftlessons

#leftlessons Nr.5 – Vorbereitung

Was ist Wirtschaftsdemokratie? – mit Dierk Hirschel

Dierk Hirschel wird den meisten von Euch als unser Kandidat für den Bundesvorsitz – gemeinsam mit Hilde Mattheis – bekannt sein und ist Mitglied im DL21-Bundesvorstand. Dierk ist gelernter Tischler, hat an der gewerkschaftlich orientierten Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) sowie in Bremen studiert und in Lüneburg promoviert. Er ist seit 2010 Chef-Ökonom der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und seit 2012 Mitglied in der Grundwertekommission der SPD.

Wir wollen mit Dierk unter anderem diskutieren:

- Warum ist Wirtschaftsdemokratie dringend wieder auf die Tagesordnung unserer politischen Kämpfe zu setzen?
- Warum ist Wirtschaftsdemokratie in der Praxis und Programmatik von Gewerkschaften und SPD so lange vernachlässigt worden und wie ändern wir das?
- Wie entwickeln wir Konfliktfähigkeit für eine demokratische Wirtschaftsordnung? Was muss sich in der Haltung der Erwerbsabhängigen bzw. in der SPD dafür ändern?
- Welche Ziele sollten wir uns vornehmen für die betriebliche Mitbestimmung, für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und für die Handlungsfähigkeit staatlicher Wirtschaftslenkung auf lokaler, staatlicher und globaler Ebene?

Wirtschaftsdemokratie in der deutschen Geschichte

Seit der Entstehung der Arbeiterklasse und -bewegung sind Forderungen nach wirtschaftlicher Mitbestimmung oder Verfügung der Arbeitenden über den Produktionsprozess immer wieder auf die historische Tagesordnung gesetzt worden. Bereits in der Frankfurter Paulskirchenversammlung 1848 wurde über ein Gesetz zur Bildung von Arbeiterausschüssen in den Fabriken beraten. Aber erst unter dem Eindruck der massiv anschwellenden Arbeiterkämpfe sah sich die Reichsregierung 1891 gezwungen, solche gelinden Mitbestimmungsorgane zu erlauben. Unter dem Druck der streikbereiten Arbeiterbewegung wurden sie 1916 in allen kriegswichtigen Unternehmen durchgesetzt. Aber erst die in der Revolution 1919 geborene Weimarer Demokratie sah in ihrem „Räte-Artikel“ eine ernstliche



DL21

#leftlessons

Mitbestimmung der erwerbstätigen Schichten in den Betrieben sowie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik vor. Gegen heftige Angriffe der Reaktion entwickelte für den ADGBⁱ der sozialdemokratische Gewerkschafter und Wirtschaftswissenschaftler Fritz Naphtali ⁱⁱ(1888-1961) diese Grundzüge in seinem Werk „Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel“ weiter. Zur Verwirklichung diese Ideen kam es jedoch wegen der Wirtschaftskrise, des aufziehenden Faschismus und der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht. Erst nach dem Krieg, in einer kurzen Phase (1945-1951) der Schwächung der Unternehmenseite – wegen ihrer Verbundenheit mit dem besiegten Hitlerfaschismus – konnten die Organisationen der Arbeiterbewegung an diese Gedanken anknüpfen und die Mitbestimmung im Westen Deutschlands erkämpfen, während in Ostdeutschland mit dem verfassungsmäßigen Recht auf Arbeit und einer überwiegenden Organisation der Produktionsmittel als Volkseigentum ein staatssozialistischer Pfad in einem de facto Ein-Parteien-Staat eingeschlagen wurde, der hier nicht weiter reflektiert werden kann.ⁱⁱⁱ

Mit der Überwindung des Faschismus war die Systemfrage aufgeworfen. Das Potsdamer Abkommen nach Ende des 2. Weltkriegs sah die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien vor; die Einsicht, dass der Faschismus im Interesse des Kapital lag und ohne massive Hilfe der Unternehmer nicht an die Macht gekommen wäre, war so überwiegend, dass selbst im Ahlener Programm der CDU (1947) formuliert wurde, dass „das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist.“ Hinkünftig sollte eine „soziale Gleichberechtigung“ hergestellt werden, in dem die „Arbeitnehmer an der Betriebs- und Wirtschaftsführung“ beteiligt würden, versprach der CDU-Politiker Karl Arnold 1947.

Die SPD forderte die Sozialisierung und Vergesellschaftung der Wirtschaft und für das Grundsatzprogramm des DGB 1949 erarbeitete der Wirtschaftswissenschaftler Erich Potthoff (1914-2005) wesentliche Forderungen, die neben der Sozialisierung der Schlüsselindustrien auf eine bedarfsgerechte Entwicklung und Verwendung aller Produktivkräfte zielte sowie eine „Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung“ abzielten.^{iv} Auch eine ausgreifende, alle Menschen sichernde Sozialpolitik war gefordert, mit der Konsequenz: „Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert.“



DL21

#leftlessons

Angesichts der konservativen-restaurativen Verhältnisse in Westdeutschland und des Interesses der Westmächte die Wirtschaft der BRD für die Aufrüstung im Kalten Krieg nutzbar zu machen wurde – außer der Montanmitbestimmung – aus diesen Bestrebungen bis heute nichts.

Die **Montanmitbestimmung** ist bis heute gekennzeichnet durch eine paritätische Mitbestimmung, bei der im Aufsichtsrat bei Patt-Abstimmungen weder die Vertretungen des Kapitals noch der Arbeit, sondern eine „neutrale“ Person den Ausschlag gibt. Diese Mitbestimmung gilt aber in Folge des Strukturwandels nur noch für etwa 80.000 der insgesamt 40 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland^v.

Schon das 1952 verabschiedete und in den 1970er Jahren erweiterte und 2001 novellierte **Betriebsverfassungsgesetz** sieht zwar einige Konsultations-, Informations- und Mitspracherechte der Belegschaften vor. Aber es kennt die paritätische Mitbestimmung des Montanbereichs nicht.

Obgleich die Gewerkschaften, linke Wissenschaftler*innen und sozialen Bewegungen besonders in den 1970er und 1980 Jahren intensiv darum gekämpft haben, gibt es bis heute keine demokratische Wirtschaftsverfassung. Eine solche müsste weit über die klassische Mitbestimmung hinaus den Arbeitsinhalt, die sozialen Bedingungen und die gesellschaftlichen Folgen der Produktion zum Gegenstand haben.

Einige Gründe für Wirtschaftsdemokratie

1. Unternehmer sind nicht vonnöten. Gesellschaftliche Neuwerte, Produkte und Überschüsse haben als Voraussetzung die Verbindung von lebendiger menschlicher Arbeit mit der Natur. „Arbeit und Natur, nicht das aus Gewinn entstehende tote Kapital, sind demnach die Ursache allen Wohlstandes, des privaten und öffentlichen. Der Gewinn hat dabei seine Quelle nur darin, dass die Arbeit mehr produziert, als zu ihrem eigenen Unterhalt, zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist“, so der britische liberale Ökonom John Stuart Mill. Der Unternehmer, die ‚Charaktermaske‘ des Kapitals (Marx), akkumuliert damit immer mehr Kapital auf Kosten der Arbeit anderer Menschen.“ (Bontrup/Müller, S. 21 f)

DL21

#leftlessons

Diese *Arbeitswerttheorie* wird von der vorherrschenden neoklassischen und neoliberalen Wirtschaftswissenschaft negiert; die Resultate sind entsprechend übel.

2. Ausreichende und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, zivile Produktion, eine lebensfreundliche Umwelt, bedarfsgerechte Infrastrukturen, gute Produkte und gute Dienstleistungen sind im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Menschen. Ein entsprechender Umbau der Wirtschaft kann nur von den Beschäftigten gegen das Profitinteresse der Shareholder durchgesetzt werden.
3. Unternehmer haben das Interesse aus dem investierten Geldkapital mehr Geldkapital herauszuziehen. Sie vertreten deshalb bis heute überwiegend einen autoritären Standpunkt gegenüber den Erwerbsabhängigen und Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Folgen „ihrer“ unternehmerischen Tätigkeit. Demokratische Souveränität der Erwerbsabhängigen erfordert eine andere Wirtschaftsverfassung, die ein Recht auf Arbeit, andere Tarifverhältnisse und weitreichende Mitbestimmung bzw. Kontrolle der Erwerbstätigen kennen muss. Die Arbeit ist der wesentliche Ort der gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen; gerade hier nicht demokratisch über die Entwicklung zu verfügen, ist menschenunwürdig. Unsere Demokratie ist unvollendet.

Aktualität des Kampfes für Wirtschaftsdemokratie im Finanzmarktkapitalismus

„Arbeitende Menschen sind sehr viel mehr als bloße Ressourcen. Dies ist eine der zentralen Lehren aus der gegenwärtigen Krise. Die Pflege von Kranken, die Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern, die Beseitigung unseres Abfalls, das Auffüllen der Regale und das Bedienen der Kassen in unseren Lebensmittelgeschäften: Die Menschen, die das Leben durch die Covid-19-Pandemie hindurch am Laufen halten, sind der lebende Beweis dafür, dass Arbeit nicht auf ein bloßes Gut reduziert werden kann. Die Sorge um die menschliche Gesundheit und die Versorgung der Schwächsten kann nicht allein von Marktkräften geregelt werden. Sonst laufen wir Gefahr, die Ungleichheiten so weit zu verschärfen, dass wir das Leben der am stärksten benachteiligten Gruppen aufs Spiel setzen.“ Mit diesen Worten leiten US-Wissenschaftler einen international beachteten Aufruf ein: *„Arbeit – dekommodifizieren, demokratisieren, nachhaltig gestalten.“*^{vi} Sie verweisen darauf, dass sich nicht die Banken und Shareholder, sondern die Pflegekräfte, Lebensmittelproduzenten und Einzelhandelsbeschäftigten als „systemrelevant“, nämlich Lebensrelevant für die Menschheit erwiesen haben und dieses Faktum endlich in der globalen Ökonomie zur Geltung gebracht werden muss. Unmittelbar schlägt sich diese Haltung auch in zahlreichen Manifesten von kämpfenden Pfleger*innen



DL21

#leftlessons

nieder, die neben vernünftigen Arbeitsbedingungen und Schutzkleidung zunehmend die Rekommunalisierung ihrer Betriebe und eine ganz neue Qualität der Mitbestimmung fordern, weil sie – viel mehr als das neoliberale „Public Management“ – um die Abläufe, Bedarfe und Bedürfnisse aller Betroffenen am besten wissen.

Die Stärke der betrieblichen Mitbestimmung und staatlicher Einflussnahme erweist sich – trotz aller Skandale und des braven Co-Managements – auch bei VW. Die Tradition erweiterter Mitbestimmung von Beschäftigten aller Qualifikationsstufen hat jahrzehntelang ein vergleichsweise hohes Gewicht auf die Schaffung von Gebrauchswerten bewirkt, was dem Unternehmen nie geschadet hat. Drittens gibt es in vielen Ländern des Südens, die mittels IWF und Investoren in Schuldenabhängigkeit gehalten werden, Bewegungen zur Übernahme der Produktion von durch Schließung bedrohten Unternehmen. Beispielhaft können die über 200 besetzten Betriebe in Argentinien gelten, von denen Naomi Klein und Awi Lewis in ihrem 2004 erschienen Dokumentarfilm „The Take“^{vii} berichten.

Ein wesentliches Hindernis der demokratischen Verfügung über wirtschaftliche Prozesse ist jedoch heute die Finanzialisierung der gesamten Ökonomie, weil private Investitionsentscheidungen, Zinslast, Spekulationen etc. sowohl die Beschäftigten an verschiedenen Standorten unter Druck setzen und gegeneinander ausspielen, als auch die Handlungsmöglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik erpresserisch begrenzen – wie erst jüngst bei den Verhandlungen über die Lufthansa Rettung zu beobachten war. Wirtschaftsdemokratie ist deshalb keine rein innerbetriebliche Angelegenheit, sondern erfordert eine systematische gesetzliche und internationale Stärkung der Gegenmacht der Erwerbsabhängigen, eine Eroberung wesentlicher Wirtschaftszweige für öffentliches Handeln sowie eine massive Regulierung des globalen Finanzsystems. Eine echte, soziale Demokratie macht die Wirtschaft zum Mittel des Menschen für seine solidarische Menschwerdung. Sie duldet nicht, dass er als Instrument der Gewinnschöpfung missbraucht werden kann. Wie eine solche Perspektive aussehen kann wollen wir diskutieren^{viii}.

DL21

#leftlessons

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Bertolt Brecht, 1935

*Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte,
So viele Fragen.*

ⁱ Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: von Juli 1919 bis Mai 1933 Dachverband der Freien Gewerkschaften in Deutschland

DL21

#leftlessons

ⁱⁱ Fritz Naphtali: *Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Überarbeitete Neuausgabe, Frankfurt am Main, 1966.

ⁱⁱⁱ Um diese Lücke mit Aktualitätsbezug für die Gesamtdeutsche Perspektive zu schließen seien zwei Werke von empfohlen von Daniela Dahn: *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten*. Politisches Sachbuch, Reinbek 1994.

Dieselbe: *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung*. Rowohlt, Hamburg 2019.

^{iv} Zitiert nach: Heinz J. Bontrup, Julia Müller u.a.: *Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus*, Hamburg 2006.

^v Ders.: *Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen*; in: spw: Nachhaltige Industriepolitik und Transformation, Heft 228, 5/2918.

^{vi} <https://www.zeit.de/kultur/2020-05/wirtschaften-nach-der-pandemie-demokratie-dekommodifizierung-nachhaltigkeit-manifest>

^{vii} <http://www.thetake.org/>

^{viii} **Lesetipps**

- a) Dierk Hirschel: *Das Gift der Ungleichheit. Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können*, Bonn 2020. – insb. S. 234-238.
- b) Hans-Jürgen Urban: *Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/19, S. 105-114.
<https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/november/wirtschaftsdemokratie-als-transformationshebel>
- c) Heinz J. Bontrup: *Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen*; in: spw: Nachhaltige Industriepolitik und Transformation, Heft 228, 5/2918.